

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit einer linken Fraktion will ich gemeinsam für politische Veränderungen, für einen Politikwechsel, in Rheinland-Pfalz kämpfen. Darum kandidiere ich auf den 7. Listenplatz für den 17. Landtag in Rheinland-Pfalz.

DIE LINKE hat einen Markenkern. Unsere Agenda ist das Soziale! Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, wir kämpfen für die Umverteilung der Vermögen von oben nach unten, wir verteidigen die Demokratie und wollen sie ausbauen, und wir treten - wie keine andere Partei - für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein. Und weil die Politik in Rheinland-Pfalz eine Andere ist, müssen wir daher eine alternative Politik in Rheinland-Pfalz entwickeln. Denn unserer Partei kommt eine ganz besondere Verantwortung zu: Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Rheinland-Pfalz alle Menschen als Freie und Gleiche an unserem Gemeinwesen teilhaben können. Für uns stehen die Menschen, ihre Rechte und ihre Würde – und nicht die wirtschaftlichen Interessen Einzelner- stets im Mittelpunkt unserer Politik.

Deshalb müssen wir die Armut in RLP bekämpfen. Denn die Schere zwischen Reichtum und Armut geht in Rheinland-Pfalz weiter auseinander. Die Einkommen im mittleren und unteren Bereich sind eingebrochen. Die Verdienste von mehr als einem Drittel aller abhängig Beschäftigten liegen unterhalb der Niedriglohnschwelle. In RLP nahmen unter rot/grün unsichere Arbeitsverhältnisse zu und Teilzeitbeschäftigungen stiegen rapide, was zur Altersarmut führen wird, vor allem für Frauen. Und mehr als jeder Fünfte arbeitet in RLP für weniger als 8,50 Euro. Daher brauchen wir einen `rentensichernden` Mindestlohn, der regelmäßig mit dem Produktivitätsfortschritt erhöht wird.

Leiharbeit muss bis auf begründete Einzelfälle verboten werden und Zeitarbeit muss eine Ausnahme sein. Daher müssen wir weiterhin gegen Befristung und Leiharbeit kämpfen und uns einsetzen für die Einführung einer Mindestsicherung ohne Sanktionen. Die Arbeit muss umverteilt werden, statt Dauerstress und Existenzangst zu produzieren. Ich werde mich, sofern wir in den Landtag einziehen, für ein rheinland-pfälzisches Sofortmaßnahmenpaket gegen Altersarmut einsetzen.

Genauso werde ich mich für ein Konzept der aktiven Arbeitsmarktpolitik stark machen. Bis dieses realisiert ist und greift, brauchen wir einen sorgfältig geplanten und kontrollierten Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS).

RLP braucht nachhaltige Investitionsprogramme, statt kontraproduktive Schuldenbremse, denn eine „Schwarze-Null-Politik“ führt nur zu mehr Schulden. Wir brauchen eine Reform der Gemeindefinanzierung die konjunkturunabhängig mit dem notwendigen Geld ausgestattet wird.

Wofür ich mich verstärkt einsetzen werde, wenn ich in den Landtag einziehe, ist der soziale Wohnungsbau. Im Rahmen der Föderalismusreform II ist die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus Ländersache geworden, und dies mit Zustimmung des damals SPD alleinregierten Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Folge dieser Politik war die stetige Abnahme von Mietwohnungen in Sozialbindung. Hinzu kommen die steigenden Energiekosten, welche in RLP innerhalb von 15 Jahren um mehr als das Doppelte gestiegen sind. Doch Wohnung und Energie müssen wieder bezahlbar werden, mehr bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen müssen geschaffen werden!

Das Land muss seine sozialen Pflichten erfüllen und den Sozialen Wohnungsbau als Teil der Kommunalen Daseinsvorsorge wieder möglich machen. Erforderliche Landesmittel sind über Nachtragshaushalte bereitzustellen, Kommunen müssen bei Bedarf über eine zusätzliche Landesförderung unterstützt werden.

Darüber hinaus muss für Bildung mehr Geld eingesetzt werden. Wir verlangen die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips für die staatliche Auftragsverwaltung und andere Schnittstellen zwischen Land und Kommune. Denn wer bestellt, muss auch bezahlen. Wir brauchen verkleinerte Schulklassen und mehr Lehrpersonal, damit die Qualität der Bildung gewährleistet werden kann. Es ist eine Bankrotterklärung von rot/grün, wenn sie es nicht einmal schafft die Schulklassengröße der Orientierungsstufen zu reduzieren. Ich kann es nur als fehlenden politischen Willen deuten, **denn Gelder sind für Großprojekte massenhaft da. Hier wird Geld im großen Stile vernichtet und nicht da eingesetzt, wo es am nötigsten ist**, nämlich in der Zukunft unserer Kinder. Die aktuellen Kitastreiks sind längst überfällig. Wer heute nicht in Bildung, und dazu gehört auch die frühkindliche, investiert, zahlt Morgen drauf. Der Sozial- und Erziehungsdienst muss deutlich aufgewertet und besser bezahlt werden.

Und wir müssen uns für die Flüchtlinge stark machen, damit diese würdevoll, d.h. dezentral und lebenswert, untergebracht werden. Die Unterbringung in Zelten muss verhindert werden. Sofortiger Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit muss ermöglicht werden, damit für die Flüchtlinge wirtschaftliche Selbständigkeit und Teilhabe ermöglicht wird. Dazu muss das Land wie auch der Bund die Kommunen mit mehr Finanzmitteln ausstatten.

Die Militarisierung, die sich gerade in Rheinland-Pfalz so präsent zeigt, muss endlich ein für alle Mal beseitigt werden. Der „Nato Flugzeugträger“ RLP in Ramstein, Büchel und Spangdahlem muss Vergangenheit werden. Kein Werben für's Sterben – Bundeswehr raus aus den Schulen!

Wir brauchen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in Stadt und Land mit allen präventiven, therapeutischen, palliativen und nachsorgenden Diensten in guter Qualität für alle. Es ist eine Schande, dass in RLP stationäre Geburtsstationen geschlossen werden und damit den Hebammen die Ausübung ihres Berufes verunmöglicht wird, weil das Land sich nicht an den Kosten der Haftpflichtversicherung beteiligt.

Ungeborene, Säuglinge, Kinder, Frauen, Kranke, ältere Menschen, MigrantInnen, Flüchtlinge und Obdachlose sind in diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem nachrangig. Für Prestigeprojekte und Rettung von Banken sind stets Gelder vorhanden. Mit der Linksfraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, möchte ich einige Stellschrauben bewegen, um zumindest ein Teil dieser Logik umzukehren.

Denn: Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt!

In diesem Sinne möchte ich mich im rheinland-pfälzischen Landtag einsetzen.

Ich hoffe auf Euer Vertrauen!

Bettina Lau

Persönliche Kurzvorstellung siehe nächste Seite →



Bettina Lau

48 Jahre, 1 Sohn,
Industriekauffrau und Erzieherin,
berufstätig

Mitgliedschaften außerhalb der Partei:

ver.di, attac, Mehr Demokratie e.V.,
sowie Institut Solidarische Moderne
(ISM)

Mitgliedschaften innerhalb der Partei

Mitglied in der Sozialistischen
LINKEN (seit 2006) und der
Emanzipatorischen LINKEN (seit
2008)

Politischer Schwerpunkt Wohnungspolitik

Verantwortung, die ich in der Partei übernommen habe

2005-2007	Kreisvorsitzende in Koblenz
2007	Mitglied der Steuerungsgruppe zur Fusion WASG und Linkspartei.PDS
2007-2008	Stellvertretende Kreisvorsitzende
2006-2007	Landesschriftführerin im geschäftsführenden Landesvorstand der Linkspartei.PDS
2007-2008	Beauftragte „ Neue soziale Bewegungen “ im geschäftsführenden Landesvorstand der LINKEN
2012-2014	Vorsitzende der Landesschiedskommission
2013	Bundestagsdirektkandidatin WK 200, Bundestagslistenplatz 5
Seit 2014	Schriftführerin im Stadtverband Koblenz
Seit 2014	Beisitzerin im Landesvorstand

